



Das Reichsbanner

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

D 20179 F

Nr. 2 36. Jahrgang Juni 1992

Brandenburg - zwischen Ab- und Aufbruch

Brandenburg galt lange Zeit als die "Streusandbüchse des Heiligen Römischen Reiches". Noch bei Theodor Fontane wird die Mark Brandenburg als verträumte Landschaft geschildert, mit vielen kleinen Dörfern und Städten, über denen ein Schleier des Verträumten liegt, in denen die Sagen die Zeiten überleben. Damit hat die Nachkriegszeit gründlich Schluß gemacht. In der DDR wurde Brandenburg zum Rohstoffland - 100% der Braunkohlekoks kommen daher - und zum Standort der Grundstoffindustrie. Aus der "Streusandbüchse" wurde ein vielfach verseuchter Grund und Boden, ein braunkohlegeschiedenes Land, das überproportional von den Militärs zum großräumigen Truppenübungsplatz degradiert wurde. Mit dieser schweren Last sieht das Land einer ungewissen Zukunft entgegen.

Auf 29.000 qkm leben heute ca. 2,64 Mill. Einwohner. Nur fünf Städte erreichen über 50.000 Einwohner (Potsdam als Landeshauptstadt 141.000, Cottbus 129.000, Brandenburg 93.000, Frankfurt/O. 87.000 und Hoyerswerda 70.000 Einwohner).

Das Industrieprofil Brandenburgs teilt sich auf in:

- Braunkohleregion im Südosten (Lausitzer Gegend)
- Eisen- und Stahlindustrie in Eisenhüttenstadt und Brandenburg
- Raffinerie und Petrochemie in Schwedt an der Oder
- Mikroelektronik in Frankfurt/O. und rund um Berlin.

Was aber die Leistung dieser Industrie real darstellte, macht ein simpler Vergleich deutlich: vor der Wende produzierte die DDR in Frankfurt/O. einen 256-Kilobit-Speicher-Chip zu 538,-DM; auf dem Weltmarkt war dieser Chip jedoch für 4,- DM zu haben. Fast alle industriellen Anlagen sind entweder hoffnungslos veraltet oder nicht mehr international konkurrenzfähig. Die Folge war eine massenhafte Schließung der Anlagen mit der weiteren Folge, daß z.Z. nur noch 53% Prozent der Bevölkerung einen normalen Arbeitsplatz

besitzen (Jahresbericht der Deutschen Bundesbank). Die Umstrukturierung der Grundstoffindustrie in eine breit gefächerte Sektor- und Branchenstruktur, das ist die Hauptaufgabe für die nächsten Jahrzehnte in Brandenburg. Wie schwierig dies werden wird, hat die EG-Kommission bereits 1991 publiziert. Sie schreibt in einer Informationsbroschüre Anfang 1991: "Der östliche Teil von Brandenburg dürfte wegen seiner Grenzlage für Investitionen von außen weniger attraktiv sein, falls keine neuen Handelsbeziehungen zu Polen, der Sowjetunion oder anderen östlichen Ländern aufgebaut werden können". Die Brandenburgische Regierung, eine SPD-FDP-Bündnis 90-Koalition bemüht sich um solche Kontakte - nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen.

Gerade in den Grenzregionen zu Polen entstanden neue Konfliktpotentiale, und sofern die östliche Wirtschaft tiefer in die Krise gerät, wird auch Brandenburg die Auswirkungen zu spüren bekommen. Hilfe ist dort am effizientesten, wo sie auf gegenseitiges Verständnis stößt. Als purer Verwaltungsakt wird sie in ihrer Wirkung verblassen. Gerade Frankfurt an der Oder hat heute mit vielen Widersprüchen zu tun. 1506 zur Universitätsstadt ernannt, in der u.a. Thomas Müntzer und Hutten lehrten, muß Frankfurt/O. heute Brückenfunktion nach Polen und den anderen Oststaaten wahrnehmen und zugleich Ängste in der Bevölkerung vor neuen Armutsflüchtlingen abbauen. Dies kann nicht gelingen, wenn es dabei selbst wirtschaftlich, sozial und kulturell hinter den westlichen Regionen zurückbleibt. Die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost an West ist eine Forderung nach Befriedung der Region.

Bislang zeigt sich lediglich, daß um Berlin herum sich jene produktive Infrastruktur entwickelt, die für ganz Brandenburg zu erhoffen ist. Kleine und mittlere Betriebe der Elektrotechnik/Elektronik, des Maschinenbaus, des Fahrzeugbaus und der optischen Industrie sind Hoffnungsträger. Größere Werke müssen mit Hilfe des

Landes und des Bundes eine Überlebenschance bekommen, indem man ihnen Zeit läßt, sich den Weltmarktbedingungen anzupassen.

Andere Bereiche wie die Land- und Forstwirtschaft sind bereits großräumig "abgewickelt". Gleich nach der Wende hat man großflächig die Obstbauflächen planiert. Nun stehen die Havelländischen Bauern vor einem Neuanfang, der so sicher nicht von ihnen gewollt war. Die blinde Parole von der Rückgabe vor Entschädigung enteignet die Bauern noch einmal.

Anders im Bereich des Tourismus. Hier läßt die Großstadt Berlin hoffen, daß die Naherholungsgebiete rund um Berlin bald florieren werden. Aber auch hier hemmt bislang noch der verfehlt Treuhandleitsatz vom Vorrang der Rückgabe.

Noch zeichnet sich in keinem der neuen Bundesländer eine Kehrtwende in der Talfahrt ab. Auch 1992 drohen weitere 300.000 bis 600.000 Arbeitsplätze zusätzlich verlustig zu gehen. Brandenburg wird dabei besonders betroffen sein.

Nach über zweieinhalb Jahren nach der Wende läßt sich der Aufschwung nicht prognostizieren, es sei denn, man möchte die Bürger von der erlebten Realität weglocken.

Was aber getan werden muß, ist, den Weg nach der Deutschen Einheit zu hinterfragen. Die Probleme sind in allen neuen Bundesländern die gleichen.

Es gibt keinen ausreichenden, bewohnbaren Wohnraum.

Die ungeklärten Eigentumsverhältnisse hindern Investoren zu investieren.

Die Treuhandauflagen der sturen Privatisierung zerstören mehr als daß sie sanieren.

Die Verwaltungsvorschriften blockieren vielfach die Entwicklung.

Die im Osten verdienten Gewinne wandern nach Westen ab - jede Mark, die im Handel von West nach Ost geht, kehrt mit dem Faktor 1,5 zurück. Die Kosten werden vielfach nicht offen genannt - das zerstört die Bereitschaft zu Opfern hüben und drüben.

Wer aber über die Sorgen und Probleme der Bundesbürger im Osten Deutschlands Bescheid weiß, der wundert sich auch, mit welchem Optimismus immer noch viele an eine baldige, bessere Zukunft für sich persönlich und das Land glauben. Es ist doch so, was Theodor Fontane zu Brandenburg sagt, kann für alle anderen Bundesländer ebenso gelten: Das Beste, dem Du begegnen wirst, werden die Menschen sein.

Alexander Matwejew

Briefe und Meinungen Kommentar

Seit Jahren entsolidarisiert sich unsere Gesellschaft; durch sie geht ein tiefer Riß. Trotz Reichtums wird die Zahl der Armen immer größer. Ungleichheit nimmt in zentralen Lebensbereichen zu. Trotz dieser Fehlentwicklungen hat der Staat seine Aktivitäten für sozialpolitische Ausgleichsmaßnahmen in den letzten Jahren zurückgenommen und somit vielen Menschen eine positive Zukunftsperspektive verweigert.

Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Umweltzerstörung, Angst vor dem Alter, Zukunftsangst, die Folgen einer Politik, die die Spaltung der Gesellschaft in Kauf nimmt, sind gleichsam Nährboden für Ausländerfeindlichkeit und rechtsextreme Parteien. Hinzu kommt, daß die historisch-politische Dynamik des Rechtsextremismus allzu lange unterschätzt und ignoriert wurde. Besonders in Wahlkämpfen verschwimmen die Grenzen zwischen Konservatismus in seiner politischen Ausprägung und Rechtsradikalismus.

Dieser Entwicklung müssen wir uns verstärkt entgegenstellen, zumal wir feststellen mußten, daß selbst die Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft nicht automatisch gegen den rechtsextremen Virus immun macht.

Dabei wird die Hinwendung zu rechtsextremen Parteien - von Wählerinnen und Wählern als "aufweckender Denkmittel verstanden - zum Bumerang für die Demokratie, denn Rechtsextreme wollen weder Demokratie noch Sozialstaatlichkeit. DVU, NPD, REP's und andere rechtsextreme Gruppierungen vertreten nicht die Interessen der ArbeitnehmerInnen, der SozialhilfeempfängerInnen, der Arbeitslosen, der Frauen, der älteren Menschen, der Jugend. Rechtsextreme Parteien und Gruppierungen sind gewerkschaftsfeindlich, ausländerfeindlich, emanzipationsfeindlich, frauenfeindlich und gefährden den inneren und äußeren Frieden.

Unser Protest und unsere Kritik müssen an die demokratischen Parteien adressiert sein und bei ihnen zur notwendigen personellen und inhaltlichen Erneuerung führen. So können sie wieder politisch handlungsfähig werden und gemeinsam mit uns daran gehen, die sozialen Mißstände zu beseitigen.

Karl-Heinz Jungmann

Interview mit dem Präsidenten des Hessischen Landtages, Karl Starzacher

Frage: "Mit zunehmender Besorgnis nimmt der Vorstand des Reichsbanners die ständig wachsende Verdrossenheit der Bundesbürger über das Erscheinungsbild der demokratischen Parteien zur Kenntnis. Teilen Sie diese Sorgen, und wie können wir dem entgegenwirken?"

Starzacher: "Ja, ich teile diese Sorgen. Und ich meine, daß die Politikerinnen und Politiker aller demokratischen Parteien der ständig zunehmenden Politikverdrossenheit und ihren Ursachen viel mehr Aufmerksamkeit zuwenden und vor allem die notwendigen Konsequenzen ziehen müssen.

Dabei ist Politik- und Staatsverdrossenheit ja nicht nur auf das nicht immer attraktive Erscheinungsbild der Parteien zurückzuführen. Der Stil der politischen Debatte, die Art des Umgangs miteinander, das Auseinanderklaffen von Wahlversprechen und Realität beispielsweise hinsichtlich der Entwicklung in den neuen Bundesländern, die mangelnde Entschlossenheit bei der Lösung wichtiger politischer Probleme:

In dieser Situation stellt sich bei vielen Bürgerinnen und Bürgern Verdrossenheit ein. Die beeinflusst auch das Wahlverhalten. Daß bei den letzten Landtagswahlen in Baden-Württemberg die "Partei der Nichtwähler" am erfolgreichsten war, ist alarmierend. Und daß darüberhinaus rechtsradikale Parteien einen so starken Zulauf hatten, muß endlich zu einer entschlossenen Reaktion aller demokratischen Parteien führen.

Wie können wir entgegenwirken? Indem wir die Ursachen der Politikverdrossenheit, für die wir - die politischen Parteien - zum Teil selbst die Verantwortung tragen, nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern beseitigen.

Ziel muß sein, allen Bürgerinnen und Bürgern die Gewißheit zu vermitteln, daß die Stimmabgabe für eine demokratische Partei nicht "umsonst" ist (weil "die ja sowieso machen, was sie wollen"), und daß die demokratischen Parteien im Bundestag und in den Landesparlamenten den in sie gesetzten Erwartungen auch gerecht werden und auch die schwierigen politischen Probleme lösen.

So einfach und schwierig zugleich ist das."

Frage: "Leider muß ich auch die persönliche Feststellung treffen, daß die politische Kultur in der BRD doch sehr zu wünschen übrig läßt. Verfolgt man Bundestags- bzw. Landtagssitzungen im Hörfunk oder Fernsehen, dann kann man nur noch den Eindruck gewinnen, daß allein die Regierungsparteien im Besitz der reinen und absoluten Wahrheit ist und die Opposition leider von

allem keine blasse Ahnung hat und am wenigsten von der richtigen Politik. Die Opposition wiederum bescheinigt der Regierung ein absolutes Unvermögen. Eine wirklich echte Auseinandersetzung findet überhaupt nicht mehr statt, denn jeder Sprecher des Regierungslagers erklärt nur noch, warum die Gesetzesvorlage ausgezeichnet ist und vermeidet es tunlichst auf Gegenargumente der Opposition einzugehen. Man redet einfach aneinander vorbei, denn ein echter Austausch von für und wider findet kaum noch statt. Sehen Sie das auch so?"

Starzacher: "Ja, dieser Eindruck muß wohl entstehen, wenn beispielsweise zur Gewohnheit wird, daß die jeweilige Opposition Initiativen der Regierungsparteien grundsätzlich ablehnt und Anträge der Opposition schon deshalb keine Chance haben, weil sie eben von der Opposition stammen.

Nun kann sich eine solche Rollenverteilung ja durchaus aus den unterschiedlichen Rollen, die Regierungsmehrheit und Opposition in der parlamentarischen Demokratie wahrzunehmen haben, ergeben.

Entscheidend ist aber, daß in den zentralen politischen Fragen alle Parteien Verantwortung tragen. Das gilt meiner Meinung nach bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems, bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen und einer gerechten Steuerpolitik oder bei der bevorstehenden Neuregelung des § 218, um nur 3 Beispiele zu nennen.

In solchen Fragen muß auch einmal die Bereitschaft bestehen, die Gegnerschaft zwischen Regierungsmehrheit und Opposition zugunsten eines konstruktiven Zusammenwirkens aufzugeben.

Ich bin sicher, daß die Bürgerinnen und Bürger dies sehr positiv beurteilen würden."

Frage: "Wenn ich mit jungen Menschen ein politisches Gespräch führe, dann höre ich immer wieder deren Ansicht, daß es keinen Sinn hat, sich für Politik zu interessieren, denn die da "Oben" machen ja doch, was sie wollen. Man kann leider nur noch das "kleinere Übel" wählen. Die Opposition ist in der Regel gegen alles, was die Regierung an Gesetzen einbringt. Ist man später mal selbst an der Regierung, dann wird oft, nur in Nuancen anders, die Politik der abgewählten Regierung weitergeführt. Andererseits lehnt die Regierung in schöner Regelmäßigkeit alle Gesetzesvorlagen der Opposition ab, auch wenn sie noch so vernünftig sind. Können Sie die Argumente der jungen Menschen verstehen?"

Starzacher: "Ich kann diese Argumente gut verstehen. Ich kenne diese Argumente auch aus eigenen Gesprächen, nicht nur mit jungen Leuten."

Frage: "Ein weiteres Argument der politisch durchaus interessierten, aber politisch verdrossenen Bundesbürger ist, daß man leider nicht den geringsten Einfluß darauf hat, was die Parteien machen. Vor Wahlen wird

ihnen das "Blaue vom Himmel" versprochen - siehe hier das Beispiel der Steuerlüge - aber nach der Wahl hat man das Versprechen ganz schnell vergessen. Der Erfolg ist, daß das Vertrauen der Bürger zu den Parteien ständig im Schwinden ist. Können Sie diesen Vertrauensverlust verstehen, und was könnte man dagegen tun?"

Starzacher: "Ja, das betrifft im Grunde dasselbe Problem, über das wir gerade gesprochen haben. Die "Steuerlüge" ist ein krasses Beispiel für ein gebrochenes Wahlversprechen. Die Frage, was man gegen den sich daraus ergebenden Vertrauensverlust tun kann, läßt sich leicht beantworten:

Die Wähler vor Wahlen nicht belügen. Nur das Versprechen, von dem man überzeugt ist, daß man es einlösen kann.

Und: mit der Mündigkeit der Bürger rechnen. Die Bürger sind ja durchaus bereit, in schwierigen Zeiten auch selbst einen Beitrag zur Lösung der Probleme zu leisten. Aber sie wollen nicht an der Nase herumgeführt werden."



v. links: Karl Starzacher, Hans Bonkas

Frage: "Gerade von jungen Menschen wird auch kritisiert, daß bei der Aufstellung von Kandidaten für die Legislative bzw. auch für die Ministerposten usw. sehr oft nicht die Fähigsten, sondern altgediente Parteimitglieder vorgeschlagen werden. Man hat deshalb den Eindruck, daß hier im kleinen Kreis geklüngelt wird, wer was werden soll. Es ist doch bekannt, daß lediglich 10-20% der Parteimitglieder den Kurs der Partei bestimmen. Der Vorsitzende der Israelischen Arbeiterpartei ist im Februar mittels Briefwahl, bei reger Beteiligung durch die Mitglieder, gewählt worden. Würden Sie dieses Verfahren auch bei uns für sinnvoll halten? Zumindest wäre doch hier sichergestellt, daß sich an der Meinungsbildung weitaus mehr Personen beteiligen, als es bei uns der Fall ist. Dem Argument, nur ein kleiner Kreis klüngelt, wer was wird, ist doch dann der Boden entzogen?"

Starzacher: "Ich meine, daß sich der Grundsatz der repräsentativen Demokratie, der für unsere staatliche Ordnung gilt, auch in den Parteien bewährt hat.

Das schließt nicht aus, über Möglichkeiten einer stärkeren Beteiligung der Basis zu diskutieren. Eine vergleichbare Entwicklung stellt ja auch die Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten dar, die ab dem nächsten Jahr auch in Hessen gelten wird. Natürlich ist eine solche Wahl demokratisch breiter abgesichert und legitimiert."

Frage: "Bei Gesprächen mit Freunden und Bekannten wird immer wieder kritisiert, wie langweilig bei uns doch politische Sendungen im Fernsehen sind. Man hat dabei den Eindruck, daß die Reporter die befragten Politiker und Minister mit Samthandschuhen anfassen und sich hüten, ihnen allzu kritische Fragen zu stellen. Damit kann man kein Interesse für Politik wecken. Geradezu entsetzt war ich, als ich gestern in der HÖR ZU las, daß für die Fernsehleute in Bonn als oberstes Gesetz gilt, nur den Kanzler nicht böse zu machen, keine unbequemen Fragen zu stellen. Es gab einige mutige Fernsehleute, die dies nicht beachtet haben. Sie denken heute ungern daran zurück. HÖR ZU führt weiter aus, daß ein Kameramann von RTL Aufnahmen von zwei Ministern der Koalition machte, die sich vor laufendem Mikrofon - was sie nicht wußten - sehr, sehr heftig stritten. Das wäre die Top-Nachricht des Tages gewesen und hätte einen Riesenwirbel ausgelöst. Aber dieses Stück Bonner Wirklichkeit hat der Fernsehzuschauer nie zu sehen bekommen. Regierungssprecher Vogel hat R. Wagner von RTL klargemacht, was passieren würde, wenn der Vorfall in Sendung geht. Er mußte am Ende wieder einmal einsehen, daß Regierungspolitiker doch am längeren Hebel sitzen. Ich denke, daß solche Vorfälle mit zur Politikverdrossenheit der Bundesbürger beitragen. Es zeigt die Ohnmacht der Kleinen gegenüber der Mächtigen in Bonn. Wie denken Sie, Herr Präsident, darüber?"

Starzacher: "Ich habe bisher noch nicht die Erfahrung gemacht, daß die Medien an die Politik angepaßt wären. Es mag ja durchaus auch "Gefälligkeitsjournalismus" geben. Und Zeitungsverleger und Journalisten mögen ja auch politisch engagiert sein und vielleicht sogar politische Interessen verfolgen. Aber insgesamt meine ich, daß die Unabhängigkeit und die Freiheit der Berichterstattung die Bedeutung der Presse als der "4. Gewalt" unterstreicht. Dazu mag auch die Konkurrenz im Medienbereich beitragen, ein wichtiges Argument für die Vielfalt auf dem Medienmarkt."

Frage: "Meines Erachtens trägt auch viel zur Politikverdrossenheit bei, wie die Parteien miteinander umgehen. In jeder Partei gibt es die sogenannten "Scharfmacher", die es durchaus in Ordnung finden, den politisch "Andersdenkenden" mitunter auch kräftig unterhalb der Gürtellinie zu schlagen. Um an die Macht zu kommen oder an der Macht zu bleiben, ist ihnen fast jedes Mittel recht, auch den politischen Gegner ein "wenig" zu verunglimpfen. Sie wissen garnicht, welchen großen Schaden sie damit der Demokratie zufügen. Auch die meisten Wähler sind davon angewidert. Oft habe ich in diesem Zusammenhang schon die Äußerung gehört:

“Na ja, Pack schlägt sich und verträgt sich auch wieder.” Sind Sie, Herr Präsident, nicht auch der Ansicht, daß die demokratischen Parteien pfleglicher miteinander umgehen müssen?”

Starzacher: **“Damit sind wir wieder bei der ersten Frage: die Parteien müssen nicht ‘‘pfleglicher’’ miteinander umgehen. Die harte politische Kontroverse ist unverzichtbarer Bestandteil in einer parlamentarischen Demokratie. Aber die Debatte muß - bei aller Polemik, die auch zum politischen Streit dazugehört - sachbezogen und konstruktiv, ergebnisorientiert geführt werden. Die Alternative muß erkennbar werden, nicht nur die Kritik am politischen Gegner.”**

Frage: ‘‘Nach eigenem Bekunden sind die meisten der westdeutschen Bürger mit ihrer wirtschaftlichen Lage durchaus zufrieden, es geht ihnen gut. Umso unverständlicher ist es dann doch, daß sie mit dem politischen Erscheinungsbild der Parteien so unzufrieden sind. Sie sind der Ansicht, daß die in Bonn auf ihre Zukunftsängste nicht eingehen, ihnen keinen reinen Wein einschenken. Mit Sorge denke ich daran, wie die Bürger reagieren werden, wenn es ihnen wirklich einmal wirtschaftlich schlecht gehen sollte. Dann ist doch zu befürchten, daß die rechtsextremen Parteien bei Wahlen eine reiche Ernte einfahren werden. Teilen Sie meine Besorgnisse?’’

Starzacher: **“Sicher geht es den meisten Bürgerinnen und Bürgern in unserem Lande gut, besser als in früheren Zeiten. Gleichwohl gibt es auch bei uns Armut und Not. Und viele Menschen machen sich Sorgen, haben Angst, ohne selbst aktuell bedroht zu sein. Ein Beispiel ist die große Wohnungsnot, insbesondere in unseren Ballungsräumen. Auch wer eine Wohnung hat, ist von dem dramatisch steigenden Mietpreinsniveau ganz unmittelbar betroffen. Das sind die Ergebnisse schwerwiegender politischer Versäumnisse. Und natürlich versuchen die rechtsradikalen Parteien, auch hieraus ihren Vorteil zu ziehen.**

Den demokratischen Parteien bleibt nur eines:

Eine sozial ausgewogene, gerechte, berechenbare und vorausschauende Politik zu machen. Die mündigen Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und sich von ihnen beim Wort nehmen zu lassen. Die Lösung der Probleme nachvollziehbar in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen zu stellen und auf unnötige Polemik zu verzichten.

Die Bürgerinnen und Bürger würden das dankbar anerkennen und könnten neues Vertrauen in die demokratischen Parteien gewinnen.”

Bonkas: ‘‘Sehr geehrter Herr Präsident, ich danke Ihnen ganz herzlich für das Interview.’’

Anmerkung: Das Interview führte Hans Bonkas, Presseferent des Bundesvorstandes Reichsbanner.

Reichsbanner intern

Der Politikverdrossenheit entgegenwirken

Anläßlich einer Zusammenkunft des Landesvorstandes Hessen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am 1. Juni 1992 in Wolfhagen mit dem Präsidenten des Hessischen Landtages, Karl Starzacher, wurde vom Vorstand nachstehende Erklärung abgegeben:

“Mit großer Sorge betrachten wir die politische Entwicklung in der BRD. Obwohl es den meisten Bundesbürgern nach eigenem Bekunden zur Zeit wirtschaftlich nicht schlecht geht, sind doch ca. 10% der Wähler gegenüber rechts- bzw. linksradikalen Parolen anfällig und haben bei den letzten Wahlen radikale Parteien gewählt. Genau wie einst die Nationalsozialisten, haben diese Parteien kein wirklich ernstzunehmendes Programm, sondern gehen nur mit gängigen Parolen und Schlagwörtern auf Stimmenfang. Welchen Zulauf würden diese Parteien erst erhalten, wenn es, wie ab 1930 in der Weimarer Republik, wirklich wirtschaftlich bergab geht und eine Massenarbeitslosigkeit auf uns zukommt, wie wir sie bisher nicht kennen. Wäre dann nicht zu befürchten, daß die BRD unregierbar wird, weil die demokratischen Parteien nicht mehr die Mehrheit der Wähler hinter sich haben.”

Dem Reichsbanner ist nach der Machtergreifung Hitlers vielfach der Vorwurf gemacht worden, damals nicht entschlossen genug gegen die Nazis und Kommunisten vorgegangen zu sein. Wir haben aus der Geschichte gelernt und wollen unsere ganze Kraft und unsere Erfahrung einsetzen, daß es nicht noch einmal zur ‘‘Machtergreifung’’ einer radikalen Partei kommt. Wehret den Anfängen, ein Hitler war mehr als genug.”

Der Präsident teilte unsere Besorgnis. Dem kann nach seiner Ansicht nur entgegengewirkt werden, wenn alle demokratischen Parteien eine sozial ausgewogene, gerechte, berechenbare und vorausschauende Politik betreiben. Vor allem müssen sie auch dem Bürger wieder die Gewißheit geben, daß seine Sorgen und Ängste von den Parteien auch ernst genommen werden. Er schlug vor, im kommenden Herbst im Plenum oder einem Sitzungssaal des Hessischen Landtages gemeinsam mit dem Reichsbanner ein Forum zu dem Thema ‘‘Was sind die Ursachen der Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit der Bundesbürger?’’ zu veranstalten.

Hans Bonkas

Nachrichten, Namen Notizen

Sozialpolitik

Nach der Zustimmung des Bundesrates ist nunmehr auch in den neuen Bundesländern zum 1. Mai 1992 das Gesetz über Entschädigungen für Opfer des Nationalsozialismus in Kraft getreten, das die Regelungen über

Ehrenpensionen in der ehemaligen DDR ablöst. Durch die Neuregelung wird sichergestellt, daß Opfer des Nationalsozialismus in den alten und neuen Bundesländern weitgehend vergleichbare Entschädigungen erhalten.

Durch die Rentenreform 1992 haben seit 1.1.1992 auch Personen, die regelmäßig eine nicht erwerbsmäßige häusliche Pflegetätigkeit von wöchentlich mindestens 10 Stunden ausüben, Möglichkeiten zur Verbesserung ihres Rentenversicherungsschutzes während der Dauer ihrer Pflegetätigkeit. Wenn sie nicht noch als Arbeitnehmer tätig sind oder Lohnersatzleistungen erhalten, können freiwillige Beiträge zur Rentenversicherung entrichtet werden. Ist durch die Pflegetätigkeit die Beschäftigung eingeschränkt worden, so können die für die Beschäftigung entrichteten Pflichtbeiträge aufgestockt werden. Für die Zeiten der nicht erwerbsmäßig ausgeübten Pflegetätigkeit besteht aber nicht nur die Möglichkeit der Beitragsentrichtung, sondern darüber hinaus werden diese Zeiten auch als sog. "Berücksichtigungszeiten" bei der Rentenberechnung zugrundegelegt, so daß daher auch keine rentenrechtliche Lücke im Versicherungsleben entsteht. Darüber hinaus können anerkannte Pflegeberücksichtigungszeiten bei den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit zu einer Anspruchserleichterung führen. Schließlich zählen sie auch mit bei den erforderlichen 35 Jahren als Voraussetzung für eine "Rente nach Mindesteinkommen", bei der niedrige Pflichtbeiträge auf einen höheren Wert angehoben werden.

Seit dem 1.1.1992 müssen sich auch die Rentner in den neuen Ländern an ihrer Krankenversicherung beteiligen. Bei einem Beitragssatz von derzeit 12,8% wird dem einzelnen Rentner somit ein Anteil von 6,4% von seiner Rente als Krankenversicherungsbeitrag einbehalten und von der Rentenversicherung an die Krankenversicherung abgeführt. Zum Ausgleich wurden die im Dezember 1991 zustehenden Rentenbeträge zuvor um 6,84% erhöht, und zwar unabhängig von der allgemeinen Rentenanpassung zum 1.1.1992. Beitragspflichtig zur Krankenversicherung sind alle Renten des Rentenbeziehers und auch die bereits in die Rentenversicherung überführten Zusatzversorgungen. Auch der Auffüllbetrag, der seit 1.1.1992 zu zahlreichen Renten gezahlt wird, unterliegt der Krankenversicherungspflicht. Nicht beitragspflichtig sind dagegen neben der Rente evtl. noch gezahlte Ehrenpensionen, Kriegsbeschädigtenrenten und Sozialzuschläge. Die Broschüre des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger "Krankenversicherung der Rentner" informiert detailliert über die Pflichtversicherung in der Krankenversicherung der Rentner. Die Broschüre ist kostenlos bei allen Landesversicherungsanstalten, der Bundesbahnversicherungsanstalt, der Seekasse, der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, der Bundesknappschaft sowie bei den Auskunfts- und Beratungsstellen der Rentenversicherungsträger erhältlich.

Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger hat kürzlich auch darauf hingewiesen, daß Personen, die

noch keine Rente beziehen und in der ehemaligen DDR mehr als 600,00 DM monatlich verdient haben, unter Umständen bei ihrer späteren Rente auch den über 600,00 DM liegenden Teil der Arbeitsverdienste angerechnet bekommen. Allerdings lohnt es sich nur für bestimmte Zeiträume, sich die Verdienste über 600,00 DM nachträglich bestätigen zu lassen, sofern der Ausweis für Arbeits- und Sozialversicherung dazu keine Eintragungen enthält. Es sind dies die Zeiten vom 1.1. bis 31.12.1950 und 1.9.1952 bis 28.2.1971. Nur in diesen Zeiträumen wirken sich auch die Verdienste über der damaligen Beitragsbemessungsgrenze von 600,00 DM monatlich bei der späteren Rente aus. Für die übrigen Zeiträume zwischen 1945 und 1990 sind zusätzliche nachträgliche Bescheinigungen der Arbeitsverdienste über 600,00 DM nicht erforderlich. Bei der künftigen Rente wird der gesamte tatsächlich versicherte Arbeitsverdienst berücksichtigt. Daher bedarf es hier eines besonderen Nachweises nicht.

Nach Angaben des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger ist auch die Befürchtung zahlreicher Versicherter in den neuen Ländern unbegründet, ihr im Vergleich zu den alten Bundesländern niedrigerer Arbeitsverdienst in den früheren Jahrzehnten führe auch zu einer entsprechend niedrigeren Rente. Für die Rentenberechnung werden die Arbeitsverdienste aus allen Jahren mit Umrechnungsfaktoren auf das jeweilige Westniveau angehoben, so daß sie dann wie normale West-Arbeitsverdienste in die Rentenberechnung eingehen. Dabei ist allerdings stets die Beitragsbemessungsgrenze der betreffenden Jahre in den alten Bundesländern zu beachten.

Hartmut Schutz

Das Reichsbanner

Erscheint seit 1924

Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Wilhelm-Leuschner-Straße 69 - 77, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6.00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 6230 Frankfurt 80.

Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Alexander Matwejew (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.